



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Δ: Drei Tage in Württemberg.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

ten stärker nehmen müssen, und vielleicht nicht von Draht, sondern von Hanf. Dann empfiehlt es sich wohl, die Wanten zum Theil durch Coles'sche tripods zu ersetzen, d. h. durch eine stützende Eisenröhre statt des mittleren Wandtaues für jeden Untermast, die also sowohl stützend als ziehend in Lee und in Luv zu halten geeignet ist; doch bleibt dabei eine Anzahl dünnerer Wanten als Strickleitern für die Mannschaft wünschenswerth, da Coles' eine Strickleiter hinter dem Mast nicht genügt, und außerdem für den Fall gesorgt sein muß, daß eine tripod-Stütze weggeschossen wird.

Endlich wird man die Takelage im Ganzen etwas höher machen müssen als bisher, um bei gutem Wetter das Schiff durch den Segeldruck ruhiger zu halten; zugleich aber richte man sie nach dem Muster der östreichischen Panzerfregatten zum Streichen der Stengen ein und dampfe im Gefecht mit gestrichenen Stengen und Raaken, damit diese nicht über Bord fallen und die Schraube unklar machen können. Damit aber bei schlechtem Wetter und gestrichenen Stengen die Gewichtsvertheilung besser wird, mache man die Untermasten niedriger, als früher — dieselben sind schon bei unserer „Augusta“ verhältnißmäßig sehr hoch — und dafür die Stengen verhältnißmäßig höher*).

Der Hauptgrund der Beschädigung aber wird wahrscheinlich von selbst wegfallen, sobald die Fregatte ihre Geschütze erhält, den Hilfsballast los wird und dadurch zu der Gewichtsvertheilung kommt, für welche sie berechnet ist. Die Reparatur der Eisenbemastung ist schwerer als eine andere herzustellen, und kann bis zum Frühjahr aufhalten.

Drei Tage in Württemberg.

Die öffentlichen Zustände in Württemberg bewegen sich nicht vorwärts und am wenigsten in einer geraden Linie vorwärts. Vielmehr herrscht der Stillstand und nur der gouvernementale Pendel schwingt, stets an der nämlichen Stelle, manchmal nach rechts und manchmal nach links. Als es sich um Genehmigung der Zollvereins- und Allianzverträge handelte, da schwang er links nach der Seite der politisch-militärischen Einheit und der wirthschaft-

*) Nach einer Kritik in der Seezeitung „Hansa“ vom 8. Dec. 1867 wäre das französische Drahttauerwerk überhaupt selten gut; in diesem Fall wäre es zu schwach gewesen; auch hätte man sich zu viel auf die Stärke der Masten verlassen, eben weil sie von Eisen waren. Außerdem stützten die Wanten nicht genug, weil sie keine Rüsten, also nicht genug Spreiz hatten, ein Uebelstand, für dessen Abhilfe in d. Bl. bei Besprechung des „Arminius“ Vorschläge gemacht worden sind.

lichen Freiheit. Heute schwingt er wieder rechts nach der großdeutsch-kleinfürstlichen Seite, nach Seite der politischen Isolirung des Südens, der Schutzzöllnererei und der wirthschaftlichen Unfreiheit.

Anderwärts würde man es kaum für möglich halten, daß ein und dasselbe Ministerium fast zu der nämlichen Zeit, oder wenigstens nach sehr kurzen Zwischenräumen, so entgegengesetzte Richtungen einschlage. Bei uns ist Alles möglich. Wir sind heute preussisch-norddeutsch; morgen österreichisch-süddeutsch; — vielleicht auch übermorgen französisch-rheinbündnerisch. Die politischen Stimmungen und Berstimmungen sind in einem ewigen Wechsel begriffen. Heute lauscht unsere rothe Demokratie, die sonst die „Aristokraten an die Laterne“ wünscht und nur von dem Selbstbestimmungsrechte der Völker und der deutschen Föderativ-Republik spricht, mit spähenden Augen und gespitzten Ohren nach der Stadt der Mönche im Baierland und erwartet die Rettung von dem Ausspruche einiger baierischen Prinzen, Bischöfe und Grundherrschaften. Morgen setzt sich das Land, die Hauptstadt an der Spitze, in Bewegung, um die Zollvereinsverträge zu retten aus den Gefahren, womit die Coalition zwischen der ausbeutungslustigen Schutzzöllnererei, clerikaler Reaction und staatsfeindlicher Winkelradicalen bedroht.

Es war am 31. October 1867, als das verehrliche Mitglied für Alalen, Herr Moriz Mohl, früher württembergischer Finanz- und Steuerrath und als solcher zum Zwecke der Unterhandlung über das Verhältniß Württemberg zum Zollverein seiner Zeit nach Berlin geschickt, wo er sich in Folge seiner Rechthaberei in allerlei Fehden verwickelte und einen bis auf den heutigen Tag höchst getreulich bewahrten Abscheu vor Preußen und dessen Hauptstadt in sich aufnahm, als Herr Moriz Mohl in dem bekannten Halbmondsaale des Stutengartens an dem Nesenbache mit den schwärzesten Farben schilderte, welche Greuel uns bevorständen, wenn wir den neuesten Zollvereinsvertrag genehmigten, und dann ausmalte, welche himmlische Freuden uns nach ausgestandenem Kreuz und Leiden erwarteten, wenn entweder wir Würtemberger allein oder in Gemeinschaft mit Baiern ein schutzzöllnerisches Musterreich der Mitte gründeten und solches mit einer chinesischen Mauer umgäben.

Darauf erwiderte der Minister des Auswärtigen, Freiherr von Barnbüler: „Der Abgeordnete für Alalen ist in politischen Dingen nicht außerordentlich conservativ, aber in wirthschaftlichen Dingen kommt er allemal in eine große Bewegung, wenn es sich darum handelt, etwas Neues in das Leben zu rufen; — und in dieser Hinsicht wenigstens ist er sich seit vierunddreißig Jahren consequent geblieben. Denn denselben Angststruß, den er heute ausstößt, dieselben schwarzen Prophezeihungen, die er jetzt vorbringt, konnte man schon im Jahre 1833 von ihm hören, als es sich um

die Eingehung des Zollvereins handelte, den er heute auf so klägliche Weise zu Grabe trägt. Er hat damals in einer 42 Bogen langen Eingabe an den König auseinandergesetzt, daß Württemberg ruiniert sei, wenn der Zollvereinsvertrag ausgeführt werde.“ —

„Das ist nicht wahr!“ donnerte Moriz Mohl, das verehrliche Mitglied für Alalen. Barmbüler greift in sein Portefeuille, holt ein Manuscript heraus, hält es triumphirend in die Höhe, sodaß sich Mohl unwillkürlich bückt, als wolle es ihm Barmbüler an den Kopf werfen, und fährt gelassen fort:

„Hier sehen Sie diese schriftliche Arbeit.“ (Homerisches Gelächter) „Das verehrliche Mitglied für Alalen kam in dieser Arbeit zu folgender Conclusion:

„Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß dieser Vertrag den Rechten und Interessen der Krone und des Landes zu nahe tritt, und bei der an die Unmöglichkeit gränzenden Auflösung desselben, würde ich meiner Pflicht nicht genügen, wenn ich nicht ehrfürchtvoll (gegenüber dem Könige) dies ausspräche.“

Und er hat damals verlangt, daß dieser Zollverein, der jetzt von Jedermann als die glückliche Frucht der deutschen Einigung erkannt wird, und auch von ihm selbst gegenwärtig als solche erkannt wird, nicht zu Stande komme. Er handelte damals aus bester Ueberzeugung, ebenso gewiß wie auch heute. Allein ich schließe daraus, daß auch die redlichsten Ueberzeugungen Irthümer sein können.“

Und Herr Moriz Mohl schwieg.

Wie am 30. October 1867 der Antrag, dem Allianzvertrag vom 13. August 1866 die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen, mit 58 gegen 32 von der zweiten Kammer angenommen wurde, so erfolgte am Tage danach, am 31. October 1867, die Annahme des Antrages: „dem Vertrage zwischen dem norddeutschen Bunde, Baiern, Württemberg, Baden und Hessen, die Fortdauer des Zoll- und Handelsvereins betreffend, vom 8. Juli 1867, und der Uebereinkunft vom 8. Mai 1867 wegen Erhebung einer Abgabe von Salz, unter der Voraussetzung, daß die Regierung auf Herabsetzung der Salzverbrauchsabgabe hinwirke und demnächst die Interessen des Tabakbaues und der Tabakfabrikation nach Möglichkeit wahre, die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen“ mit 73 gegen 16 Stimmen. Diese 16 Stimmen gehörten Herrn Mohl, sowie 3 Rittern und einem Duzend von Schützjüngern à la Deffner und Ammermüller, Radicalen à la Tafel und Hopf und Großdeutschen à la Ofterlen, Schott und Probst, welcher letztere seiner Zeit im württembergischen Abgeordnetenhaus die durch einen dunkeln Canal von Wien nach Stuttgart importirte österreichische Concordatspolitik zwar mit Eifer und Geist, aber ohne Erfolg vertheidigte.

Nach den Ereignissen vom letzten und vorletzten October d. J. hätte Jedermann, der unsere Zustände nicht kennt, glauben sollen, bei uns sei nun die Einheitsbewegung im besten Zuge. Welch' ein Irrthum! Unser gouvernementaler Pendel hatte blos seine Schwingung nach links erschöpft. Daraus folgt bei uns natürlich nichts, als daß er nun wieder zurückgeht und nach rechts schwingt.

„Never for ever“ tickt die alte englische Standuhr. „Nimmer für immer“ ist auch bei uns die Parole. Es waren keine sechs Wochen nach dem letzten October verfloßen, da wehte der Wind wieder aus dem schwarzgelben Loche.

Den Beginn machte der Chef des Justizdepartements Staatsrath Mittnacht. Er gehörte bis tief in das Jahr 1867 hinein zu den entschiedensten Großdeutschen. Trotzdem war er noch nach dem Tage des Schutz- und Trutzbündnisses, nach dem 13. August 1866, auf Antrag Varnbülers zum Justizminister ernannt worden. Als Abgeordneter, was er damals war und jetzt noch ist, setzte er an der Spitze der gouvernementalen Mittelpartei seine großdeutsche Politik mit Entschiedenheit fort und zeigte namentlich gegen die deutsch-nationale Partei eine solche Feindseligkeit, daß die letztere, obgleich in ihren Reihen die anerkanntesten Capacitäten sitzen, bei den damaligen Ausschußwahlen auch nicht ein Mitglied durchsetzen konnte und sich daher von allen Commissionsarbeiten ausgeschlossen sah.

Vielleicht wußte damals der Justizminister selbst noch nichts von dem Schutz- und Trutzbündniß des 23. August 1866, das bis zum März 1867 ein wohlbewahrtes Geheimniß des König Karl und des Minister Varnbüler blieb. Vielleicht hoffte man damals noch am Nesenbach, der norddeutsche Bund werde ebenfalls einen Ausgang nehmen, wie das Hornberger Schießen und die Erfurter Union. Berechtigte ja doch die Haltung, welche der äußerste Flügel der liberalen Partei in Preußen selbst annahm, die süddeutschen Particularisten zu den angenehmsten Hoffnungen.

Alein sie täuschten sich. Die Verfassung des norddeutschen Bundes kam zu Stande. Der Reichstag sanctionirte diese Verfassung und sie errang im Sturme die Zustimmung der einzelnen Regierungen und der Particular-Landtage. Sie erwies sich als ebenso dauerhaft, wie entwicklungsfähig. Die Schutz- und Trutzbündnisse wurden bekannt. Die Zollvereinsverträge wurden reformirt und erneuert. Das luxemburger Gewitter verzog sich. Die Feinde Preußens waren abermals um eine Reihe von Hoffnungen ärmer.

Der Chef des württembergischen Justizdepartements war zwischenzeitig immer mehr von seiner großdeutschen Richtung zurückgekommen, sodaß er nicht mehr das volle Vertrauen der Klerikalen genoß. Herr Mittnacht ist weder Phantast noch Fanatiker, sondern ein kluger, kalter, wohl berechnender Realist, der namentlich seine Person und seine Stellung nie aus den Augen

verliert. Gerade dadurch hatte er sich seinem Protector, Herrn v. Varnbüler, empfohlen, mit welchem er sich auch heute noch im herzlichsten Einvernehmen befindet.

Am 30. Octbr. war er entschieden für den Allianzvertrag vom 13. Aug. 1866, am 31. Octbr. noch entschiedener für den Zollvereinsvertrag vom 8. Juli 1867.

Kürzlich nun hatte der Chef der Justiz aufs neue Gelegenheit, politisch Farbe zu bekennen. Es handelte sich darum, ob auf die vorgelegte Gerichtsverfassung seitens der zweiten Kammer einzugehen sei. Die nationale Seite des Hauses verlangte Garantie dafür, daß die Annahme der Regierungsentwürfe, namentlich der Civilproceßordnung, der künftigen Einführung eines gemeinsamen Gesetzes über das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nicht bloß für den norddeutschen Bund, sondern für ganz Deutschland, kein Hinderniß bereite.

Dies gab Herrn Mittnacht Veranlassung, eine Rede großen Stils zu halten, die eine ganz andere Farbe trug, als die Vorträge vom 30. und 31. October. Er appellirte auf das nachdrücklichste an den württembergischen Particularismus. Er beschwor die Kammer, doch ja nur auf die Vorlage einzugehen, denn sonst könne sich ein schweres Unglück ereignen, das Unglück nämlich, daß die württembergischen Juristen, welche eine Reform der Gerichtsverfassung und der Proceßordnung dringend verlangten, so sehr des württembergischen Particularismus (euphemistisch: Patriotismus) vergäßen, daß sie am Ende gar ihre Blicke ausschließlich nach dem Norden richteten, als ob von da jedes Heil der Welt, und auch in dieser Beziehung Abhilfe zu erwarten stehe.

Ein württembergischer Jurist, der den Blick nordwärts richtet und, im Widerspruch mit dem Beobachter-Dogma: „Wie kann von Nazareth Gutes kommen?“ von Berlin das Heil erwartet, war für unsere „Großdeutschen“ etwas so entsetzliches, daß sie dem Justizminister beipslichteten.

Dem preußischen Herrenhaus war es vorbehalten, den Pendant zum württembergischen Abgeordnetenhaus zu liefern. Denn zu derselben Stunde, wo man hier mit Schaudern an die Möglichkeit dachte, daß ein württembergischer Jurist nordwärts blicke, machten einige hochconservative Mitglieder des Herrenhauses in Berlin die Entdeckung, daß es doch mit der Proceßordnung für das ganze norddeutsche Bundesgebiet fast ebenso bedenklich bestellt sei, wie mit dem Nordwärtsblicken des schwäbischen Jurisconsultus; denn sagten die Hochconservativen, „besagte Proceßordnung wird die Organisation der Gerichte und die Etatsregulirung in Preußen berühren, worin ohne Zustimmung beider Häuser (— natürlich also auch des Herrenhauses —) des Landtags der Monarchie eine Abänderung nicht erfolgen kann.

Wie es den württembergischen Juristen verboten ist, nordwärts zu blicken ohne Genehmigung des Justizministers, so ist es der Bundesregierung und dem Reichstag untersagt, innerhalb seiner unzweifelhaften Kompetenz Gesetze zu erlassen, — ohne die Zustimmung des preussischen Herrenhauses.

Die Jungradicalen in Stuttgart und die Altconservativen in Berlin verstehen einander. Das war in Stuttgart der erste Tag am Wendekreis des Krebses. Und auch der zweite Tag ermangelte nicht des Ruhmes.

Am Tage nach der Apostrophe des Justizministers erfolgte nämlich eine Rede des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn von Barnbüler, welche jene an Deutlichkeit bedeutend übertraf und daher von den Zeitungen ausführlich wiedergegeben wurde, was bei der des Justizministers jenseits der schwarzrothen Grenzpfähle nicht der Fall war. Barnbülers Diatribe gegen den norddeutschen Bund und dessen Verfassung leistete im österreichischen Sinne alles mögliche; namentlich erging sie sich für den Fall des Beitritts von Württemberg in Prophezeiungen, die an düsterer Wahrheit den kassandrischen Weisagungen Moriz Mohls nichts nachgaben; und sie erschien um so auffallender, als die Verhandlungen gar keine Veranlassung dazu gaben, vielmehr die Sache geradezu vom Zaune gebrochen war.

Es handelte sich nämlich um die Anforderung der Besoldung für einen württembergischen Gesandten in Florenz; und der Umstand, daß einige Abgeordnete einen solchen Posten für ein Ländchen von nur 1,700,000 Einwohnern und nicht allzustarker Finanzkraft überflüssig fanden, reizte den Premier so sehr, daß er Würtbergs Eintritt in den norddeutschen Bund mit den schwärzesten Farben malte und im Gegensatz zu der diplomatischen Regel, daß man niemals „niemals“ sagen solle, und daß man, um zu reussiren, nicht zu viel Eifer zeigen dürfe, sein „Niemals! — Niemals! — Niemals!“ mit einem solchen Eifer in die Welt rief, daß jeder Zuhörer die Ueberzeugung gewann, es sei ihm 1867 mit seinem „Niemals“ ebenso blutiger und heiliger Ernst, wie 1866 mit seinem: *Vae victis!*“

Er erklärte, er werde jede Kammer auflösen, welche sich für den Beitritt ausspreche.

Während des Redens schien jedoch ihm selbst eine trübe Reminiscenz an das, was seinem „Wehe den Besiegten“ gefolgt ist, aufzublitzen. Wie der Regen dem Donner, so folgte die Wehmuth dem drohenden Zorn; und der mächtige Minister schloß fast sentimental: „dem Geschicke, das man ja nicht voraussehen könne, müsse man sich freilich unterwerfen; und auch das Schickal Würtbergs müßte man schließlich doch der Vorsehung anheimgeben.“ Diese Worte, welche so elegisch anklagen an das hannoversche „Ende aller Dinge“, fehlen in den Zeitungsberichten. Ich bringe sie hier in dem Feuilleton in Sicherheit, damit sie der Nachwelt nicht ver-

loren gehen. Denn sie sind es, welche der Sache die politische Färbung geben. Offenbar war es Herrn von Varnbüler sehr eilig, seine antinorddeutsche Diatribe an den Mann zu bringen. Sonst hätte er sich eine vortheilhaftere Position ausgesucht, als die, welche die Frage des diplomatischen Verkehrs mit dem jungen Königreiche Italien gerade für ihn bot. Es sind nämlich noch nicht drei volle Jahre, daß er schon einmal auf diesem Gebiet ein „Niemals“ rief, welches er bald revociren mußte, und das sich ebensowenig realisiren ließ, als das: „Wehe den Besiegten“ von 1866.

Es war am 16. Februar 1865, als Herr von Varnbüler, damals noch großdeutsch vom Wirbel bis zur Zehe, und in Gemeinschaft mit Wydenbrugk, Heinrich von Gagern, Ministerialrath Weis, Freiherrn von Lerchenfeld und Moriz Mohl, demselben Moriz Mohl, den Herr von Varnbüler am 31. October 1867 so glänzend abfertigte, in dem Centralvorstand des großdeutschen Reformvereins, welcher am 23. October 1862 in Frankfurt am Main sein Rükkl gehalten und beschlossen hatte, sich für die damals bestehende Bundesverfassung nebst Delegirtenprojekt und gegen den deutschfranzösischen Handelsvertrag zu echauffiren ebenfalls — bei der Budgetberathung, Etat des Auswärtigen, in der württembergischen zweiten Kammer erklärte, er werde niemals dem Könige zur Anerkennung des Königreichs Italien rathen; das verbiete die Rücksicht auf Oestreich. Es waren keine drei Jahre vergangen, da focht derselbe Herr von Varnbüler vor derselben Kammer, bei derselben Budgetberathung, bei demselben Etat des Auswärtigen, mit der größten Wärme für die Dauer der württembergischen Gesandtschaft bei dem Könige von Italien, woraus wohl mit einiger Sicherheit darauf geschlossen werden kann, daß der nämliche Herr von Varnbüler, der im Februar 1865 die Anerkennung Italiens repudiirte, sie in der Zwischenzeit wohl vollzogen haben dürfte, wahrscheinlich auch aus dem Motiv, daß „man sich dem nicht voraussehbaren Gange der Geschehnisse unterwerfen müsse.“ Seine bei Gelegenheit der Florentiner Gesandtschaft gegen den norddeutschen Bund vorgetragene Philippika fand sofort eine geharnischte Erwiderung durch den Abgeordneten R. Römer, Professor der Rechtswissenschaft an der Universität Tübingen, einen der unerschrockensten und geistvollsten Vorkämpfer der nationalen Sache im Süden, und im Norden namentlich bekannt durch seine vortreffliche Schrift: „Die Verfassung des norddeutschen Bundes und die süddeutsche insbesondere die württembergische Freiheit“ (Tübingen, 1867, zweite Auflage), worin er den süddeutschen Illusionen mit unbarmherziger Logik zu Leib geht. — Es existire kein anderer Weg zur Einheit Deutschlands, sagte Römer, als der des Eintritts in den norddeutschen Bund; und deshalb sei es ihm keine Minute zweifelhaft, daß auch Württemberg eintreten werde und eintreten müsse. Deshalb sei er aber auch fast erschrocken über die so eben

vernommene Aeußerung eines süddeutschen Ministers, und daß ein solcher eine so klare Wahrheit noch so sehr verkenne. Für den Minister sei er erschrocken, nicht für die Ereignisse und deren unerbittliche Logik, an der jener nichts ändern könne. Der Schreck habe aber alsbald sich wieder gelegt, als ihm eingefallen, daß vor zwei Jahren derselbe Minister die Anerkennung des Königreichs Italien auf das schroffste abgelehnt, der nun für die Besoldung eines Gesandten in Florenz kämpfe, und wie sehr und wie schnell die Auffassung der deutschen Frage bei eben demselben Minister gewechselt. Der Schreck sei aber ganz geschwunden, fuhr Professor Römer fort, als er die elegisch-fromme Schlußtirade der ministeriellen Rede vernommen; des Herrn Ministers Hinweisung auf die Unterwerfung unter die Vorsehung und die Geschicke habe ihn vollständig beruhigt; sie berechtige ihn zu der Hoffnung, daß Herr von Varnbüler selbst noch in diesem Hause den Eintritt Württembergs beantragen und auch durchsetzen und sich so ein weiteres großes Verdienst um das Land und die Dynastie erwerben werde.“

Dies war der zweite Tag am Wendekreise des Krebses. Allein auch der dritte ermangelte nicht seiner Lorbeeren. Die Militärcommission wollte, bevor sie in die Berathung des Wehrgesetzentwurfs eintrat, in Betreff der im Februar 1867 zwischen den süddeutschen Regierungen über die Reorganisation ihres Heerwesens geschlossene Convention die Ansicht der zweiten Kammer, d. h. des Plenums, hören. Die Commission war der Meinung, über diese Convention zur Tagesordnung überzugehen, d. h. jede staatsrechtliche Verbindlichkeit derselben abzulehnen. Der Kriegsminister hatte sich privatim hiermit einverstanden erklärt. Man glaubte, dieser Antrag würde im Hause ohne weiteres angenommen werden. Man irrte sich. Der Abgeordnete Probst, ein großdeutsch-demokratisches Mitglied, der beredete Vertheidiger des Concordats, opponirte dem Antrage der Commission mit großer Leidenschaft: fast scheine es, meinte er, die Regierung wolle durch den Beschluß des Hauses ihre Verbindlichkeit gegen Baiern und Baden loswerden, aber jeder Patriot müsse wünschen, daß diese separat süddeutsche Militärconvention zu vollster Geltung gelange u. s. w. — Bei der Abstimmung votirten die Herren von Varnbüler und Mittnacht, die beide Mitglieder des Hauses sind, gegen den Commissionsantrag, für Probst.

Das neueste Heft der staatswissenschaftlichen Zeitschrift unter Redaction des Herrn Schäffle, Professors in Tübingen, vormalig großdeutschen Kammermitgliedes, der, obgleich Freihändler, dennoch den deutsch-französischen Handelsvertrag, lediglich aus politischen Gründen, auf das heftigste bekämpfte, bringt eine Abhandlung, welche gegen das preussische Wehrsystem und zu Gunsten der Milizverfassung plaidirt. Ihr Verfasser — ich nehme keinen Anstand, dies zu sagen, da es Jedermann weiß und es öffentlich verkündigt wird —

ist ein höherer württembergischer Offizier im activen Dienste. Die Stuttgarter Bürgerzeitung, das Organ des Hofes und der Regierung, besprach laut dies neu verkündete antipreußische Project — das Fest der Zeitschrift war nämlich kaum erschienen — und empfahl auf das wärmste den Herren Abgeordneten diese vortreffliche Abhandlung zum Studium und zur ernstesten Erwägung.

Ich habe Ihnen die „Drei Tage in Württemberg“ erzählt; und da eine jegliche Geschichte auch ihre Moral haben muß — so behauptet nämlich der Hofschulze in Zimmermanns Münchhausen — so will ich versuchen, ob es mir gelingt, einige Nutzenwendung aus dem Erzählten zu ziehen.

Herr von Barmbüler gilt für einen klugen Mann, und wie mir scheint, nicht mit Unrecht. Sein „Wehe den Besiegten!“ beweist nichts dagegen. Es beruhte auf dem Glauben der Ueberlegenheit der österreichischen Armee; und dieser Glaube war ja damals an den mittlern und kleinen Höfen der alleinherrschende und alleinseligmachende. Kein Wunder, daß sich ein kluger, aber in militärischen Dingen völlig unkundiger Mann, wie Herr von Barmbüler, demselben nicht entziehen konnte.

Daß er später die Situation richtig auffaßte, beweist die Bereitwilligkeit, mit der er auf den Abschluß des Allianzvertrages vom 13. August 1866 und auf den des Zollvereinsvertrages vom 8. Juli 1867 einging, und der Eifer und das Geschick, die er zeigte, diese Verträge glücklich zwischen der Scilla der ersten und der Charybdis der zweiten Kammer durchzulooßen. Er verdarb es dadurch mit der österreichischen Partei, sowohl mit der radicalen, als auch mit der reactionären, sowohl mit Karl Mayer, als auch mit dem Freiherrn von Neurath, welchen Barmbüler aus dem Sattel gehoben hat, und der gerade nicht vergeßlichen Gemüths ist.

Gewiß hat Barmbüler, nachdem er es mit der österreichischen Partei so gründlich verderben, daß er von derselben, trotzdem, daß er ihr Jahre lang das schwere Opfer brachte, an der Spitze des geist- und trostlosen großdeutschen Vereins zu stehen und in dieser Eigenschaft zeitweise den Salons des Senators Bernus in Frankfurt am Main als Decoration dienen zu müssen, schwerlich jemals wieder zu Gnaden an- und aufgenommen werden wird, gegenwärtig selbst wenig Gelüste, es nun auch obendrein mit der nationalen Partei zu verderben und sich so gleichsam zwischen zwei Stühle zu setzen.

Wenn nun aber trotzdem seine Handlungen den Schein erzeugen, als sei er im Begriff, eine so bedenkliche Evolution auszuführen, so muß man, (natürlich immer vorausgesetzt, daß die Annahme, Herr von Barmbüler sei ein kluger Mann, in Wahrheit begründet ist), nothwendiger Weise schließen, diese Handlungen seien nicht von obbemeldeter intersellarischer Tendenz, sondern von anderweitigen zwingenden Motiven dictirt.

Diese Motive können nur in specifisch württembergischen Voraussetzungen beruhen. Denn mit diesen muß Herr von Varnbüler rechnen, wenn er sich auf dem Sammt des Ministeressels behaupten will. Daß er überwiegend von der Stimmung des Landes regiert wird, glaube ich durchaus nicht. Denn die Stimmung des Landes ist in sich unklar und wird bei einem Theile der Bevölkerung regiert von den allerkleinsten Interessen. Ob das Maß Getränk um einen Kreuzer aufschlägt, oder das Packet Tabak einen halben Kreuzer theurer wird, — das sind die hohen und wichtigen Dinge und Fragen, um welche sich diese so frische und fromme, fröhliche und freie Realpolitik dreht. Und dabei untersucht man nicht die Wirklichkeit der Dinge, sondern begnügt sich mit dem Schein. Alle Welt weiß, daß die Frage des Eintritts von Württemberg in den norddeutschen Bund mit der Branntweinsteuer nichts zu thun hat, und daß auch der Zollvertrag vom 8. Juli d. J. hier an dem bisherigen Stande dieser Frage gar nichts ändert. Gleichwohl glaubt — warum? das ist nicht ersichtlich — die Mehrzahl aller Württemberger an die von Preußen drohende Vertheuerung des Branntweins so fest, wie an ein Evangelium; und das Durchschnittsurtheil der Ungebildeten läuft darauf hinaus, daß zwar die „deutsche Einheit“ ein recht schönes Ding, aber daß billiger Schnaps ohne Einheit besser sei, als theurer mit Einheit.

Einer solchen Theorie gegenüber, selbst wenn sie (was bei der Art, wie sich in Württemberg die Volksvertretung componirt, bekanntlich durchaus nicht der Fall ist) in der Möglichkeit wäre, ihrer politischen Anschauung einen klaren und wirksamen Ausdruck zu geben, hat Herr von Varnbüler solche Opfer, wie er sie in seiner Philippika gegen den norddeutschen Bund, gewiß nicht ohne schweres Widerstreben, gebracht hat, nicht nöthig. Das kann er ja billiger haben.

Man muß daher, um sich seine Handlungsweise zu erklären, annehmen, daß die Stimmung an einem höhern Orte gewechselt hat, sei es durch eine spontane Reaction gegen den 30. und 31. October, sei es durch Einwirkungen von Wien oder von Paris, wo man bekanntlich wieder sehr oben auf ist, seitdem die Chassepots, auf das heilige Gebiet von Rom verpflanzt, Wunder gethan haben, — Wunder, woran in dem ungläubigen Norden, der in seiner Kezerei an die Zündnadel glaubt, vielleicht noch Heterodoxe zweifeln. Denn es glaubt natürlich jeder an seinen eigenen Heiligen. Aber ebensowenig wie Herr Mittnacht, der von ihm zum Justizminister empfohlene Großdeutsche, ist Herr v. Varnbüler ein Fanatiker oder ein Phantast. Kühl bis ans Herz hinan glaubt er weder an Heilige noch an Wunder. Allein er ist klug genug, daß, wenn jemand, von dem seine Stellung abhängt, an den Saint-Chassepot glaubt, er sich wohl hütet, in dieser Richtung den Schein einer Kezerei auf sich zu laden. Hier zu Lande aber wechselt der Glaube zum öfteren, und man er-

innert sich noch an die Rechtspärrämie des siebzehnten Jahrhunderts: „Cujus regio, ejus religio“. Auf die Möglichkeit eines Krieges zwischen Frankreich einerseits und Deutschland, d. h. Preußen, andererseits, angewandt, heißt diese Rechtspärrämie ins Deutsche übertragen so: Wer von beiden streitenden Theilen zuerst in Stuttgart, in Ulm und in Friedrichshafen ist, dem gehört das Land (regio) und an den glaubt man (religio), heiße er nun Monsieur Chassepot oder Herr von Dreyse.

Dieser Umstand ist traurig, aber noch trauriger wäre es doch, wenn man sich in Betreff dieses Umstandes einer neuen Täuschung hingäbe, und in Folge dessen Begehungs- oder Unterlassungssünden vorkäme, die nicht wieder gut zu machen sind. Namentlich darf man nicht vergessen, daß Vorkommnisse, wie sie die Chronik der drei Tage in Württemberg aufweist, und wie sie jeder folgende Tag von neuem bringen kann, auch wenn dies in Stuttgart gar nicht beabsichtigt sein sollte, ihren Wellenschlag in verstärktem Maße wieder zurückwälzen zu dem Orte, von wo sie ausgingen; daß sie namentlich in Wien und Paris in gewissen Kreisen geradezu als provocaciones ad agendum wirken. So lange über das Schicksal des deutschen Südens noch nicht definitiv und unabänderlich entschieden ist, so lange gibt's keine Ruhe in der Welt; so lange wird ein solcher süddeutscher Staat abwechselnd von Wien, von Paris und von Berlin angezogen; und das nationale, wirthschaftliche und militärische Band, das ihn an Norddeutschland fesselt, scheint leider noch nicht stark genug zu sein, um die Abirrungen nach Wien und Paris zu paralyisiren. Es ist hoch Zeit, daß man den letzteren einen Niegel vorschleibt.

Der Niegel ist da. Er heißt Baden. Warum macht man keinen Gebrauch davon? Jede Minute ist kostbar.

Je schwankender man im Süden gesinnt ist, desto fester muß man im Norden sein. Altmeister Göthe sagt am Schlusse von Hermann und Dorothea:

„Denn der Mensch, der in schwankender Zeit auch schwankend gesinnt ist,
Der vermehret das Uebel und breitet es weiter und weiter.
Aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich!“

△

Der Slavencongress und die orientalische Frage.

Aus Moskau.

Während man bei Ihnen in Deutschland durch das gesammte Jahr 1867 beinahe unausgesetzt mit der Beobachtung der Vorgänge in Frankreich beschäftigt